



> Mehr im Beutel - JETZT!

© Nathalie Zimmermann/dbb rip (6)

Ländertarifrunde 2025/2026

Öffentlicher Dienst: angegriffen und totgespart!

Staffelmahnwache in Mainz

Drei Tage lang, jeweils um die Mittagszeit, hielten dbb Mitglieds-gewerkschaften vom 13. bis 15. Januar 2026 in Mainz vor dem Haupteingang des Ministeriums der Finanzen Rheinland-Pfalz eine Staffelmahnwache ab zur Untermauerung der gewerkschaftlichen Tarifforderung „7 Prozent, mindestens 300 Euro!“. Federführend vor Ort und damit tonangebend für die tagesaktuelle Protestkonzeption war am ersten Tag die Deutsche Steuer-Gewerkschaft DSTG unter dem Motto „Mehr im Beutel – jetzt!“.

An Tag zwei verantwortlich waren der Arbeitskreis Bildungsgewerkschaften beim dbb rheinland-pfalz (mit dem Philologenverband PhV, den Berufsschullehrerverbänden VLBS und VLW, dem Realschullehrerverband VRB, dem Verband Bildung und Erziehung VBE sowie dem Verband Hochschule und Wissenschaft VHW) und die Deutsche Polizeigewerkschaft DPoIG.

Am 15. Januar und damit am Tag des Beginns der zweiten TV-L-Verhandlungsrunde zuständig waren die Justiz-AG beim dbb rheinland-pfalz unter dem Motto „Wir sind nicht die Sparschweine der Politik!“ mit dem Rechtspflegerbund BDR, dem Anwaltsverein DAAV, dem Gerichtsvollzieherbund DGVB, der Deutschen Justiz-Gewerkschaft DJG und der Gewerkschaft Strafvollzug BSBD sowie die Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaften BTB und die Verwaltungsgewerkschaft DVG.

Sie alle entsandten Demonstrierende, die entschieden und vernehmlich für ein zügiges, faires und wertschätzendes Tarifergebnis eintraten – mit deutlicher Kritik an der bisherigen Unbeweglichkeit der Arbeitgeberseite.



> dbb Landesvize Hans-Dieter Gattung mit DSTG-Kängurus im Regierungsviertel.



> dbb Bildungsgewerkschaften und DPoIG Rheinland-Pfalz mit dem Patienten Öffentlicher Dienst vor dem Finanzministerium.

Dabei ging es klartexthaft deutlich zu.

> Klare Bildsprache

Die Mitarbeiter der Steuerverwaltung liefen als Kängurus auf mit leeren Beuteln, die Justizangestellten als Sparschweine. Die Bildungsgewerkschaften hatten den skelettierten Patienten Öffentlicher Dienst im Rollstuhl mitgebracht, dem ein schon lange leerer Tropf keine

Hilfe mehr sein kann. Angegriffen und totgespart – ein drastisches Bild für schnell und deutlich zu verbessernde Arbeitsbedingungen im öffentlichen Landesdienst.

„Ich erwarte, dass die Tarifgemeinschaft deutscher Länder endlich ein verhandlungsfähiges Angebot vorlegt“, sagte Lilli Lenz, Landesvorsitzende des dbb rheinland-pfalz, am 15. Januar 2026 in Mainz. „Ohne Polizei gibt es keine Sicherheit. Ohne Schulen keine Bildung. Und ohne die Kolleginnen und Kollegen vom Finanzamt niemanden, der für die finanzielle Grundlage des Staates sorgt. Einen starken



> Finanzministerin Doris Ahnen im Gespräch mit dbb Landesvize Robert Tophofen.



> Justizminister Philipp Fernis im Gespräch mit Mahnwächterinnen.



> Tag 3: „Wir sind nicht die Sparschweine der Politik! 7 Prozent, mindestens 300 Euro!“

öffentlichen Dienst gibt es nicht zum Nulltarif. Die Länder müssen ihr Personal wertschätzen und anständig bezahlen. Alle Bereiche stehen vor enormen Herausforderungen“, resümierte Lenz. „Sicherheitslage, Staatsmodernisierung, Qualität der Schulbildung – um diesen Aufgaben gerecht zu werden, braucht der öffentliche Dienst qualifiziertes und ausreichend

Personal. Das bekommen wir nur, wenn die Bezahlung konkurrenzfähig ist.“

Von den Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) sind etwa 3,5 Millionen Beschäftigte betroffen: direkt circa 1,1 Millionen Tarifbeschäftigte der Bundesländer (außer Hessen), indirekt circa 1,4 Millionen Be-

amtinnen und Beamte der entsprechenden Länder und Kommunen sowie rund eine Million Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger. Die dritte Verhandlungsrunde ist für den 11. bis 13. Februar 2026 vereinbart. Alle Informationen zur Einkommensrunde gibt es unter dbb.de/einkommensrunde.

Ländertarifrunde 2025/2026

Erste Runde ergebnislos

Kein Arbeitgeberangebot – dbb antwortet mit Warnstreikfreigabe und breit gestreuten Aktionen

Die aktuelle Tarifrunde betrifft die Beschäftigten der Länder (ohne Hessen) im Geltungsbereich des TV-L sowie die Auszubildenden. Die erste Verhandlungsrunde am 3. Dezember 2025 ist ohne Annäherung geblieben; die Arbeitgeber haben – viele Gewerkschaftsstimmen sagen: wie erwartet – kein Angebot vorgelegt und verweisen auf enge finanzielle Spielräume der Länderhaushalte. Die Einkommens- und Arbeitsbedingungen im Landesdienst stehen damit wie schon so oft im Mittelpunkt eines grundsätzlichen Konflikts um die Attraktivität des öffentlichen Dienstes.

Der dbb fordert eine Erhöhung der Tabellenentgelte um 7 Prozent, mindestens jedoch 300 Euro monatlich, bei einer

Laufzeit von zwölf Monaten (siehe „durchblick“ 12/2025, Seite 1). Ergänzend verlangt der dbb Verbesserungen bei Zeitzuschlägen sowie spürbare Schritte zur Stärkung der unteren und mittleren Entgeltgruppen, insbesondere für Berufsgruppen, die in besonderem Maße vom Fachkräftemangel betroffen sind. Ziel ist ein konkurrenzfähiges Tarifergebnis, das Reallohnverluste ausgleicht, den Abstand zur Privatwirtschaft verringert und den Anschluss an die Abschlüsse bei Bund und Kommunen (TVöD) sichert.

Für den dbb ist klar, dass die Länderbeschäftigten nicht dauerhaft hinter anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes zurückbleiben dürfen. Die Mitglieder haben Anspruch auf

eine faire Teilhabe an der wirtschaftlichen Entwicklung und an den Steuermehreinnahmen der Länder. Für viele Kolleginnen und Kollegen geht es angesichts gestiegener Lebenshaltungskosten und wachsender Arbeitsbelastung um eine existenzielle Frage der Wertschätzung.

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) hat zum Auftakt kein Angebot vorgelegt und die gewerkschaftlichen Forderungen als überzogen und haushaltspolitisch nicht darstellbar zurückgewiesen. Aus Sicht des dbb

signalisiert dieses Vorgehen mangelnde Kompromissbereitschaft und verzögert bewusst die Lösung der Konflikte.

Für uns im dbb bedeutet das, dass eine harte und möglicherweise längere Auseinandersetzung bevorsteht – eine Schlichtungsvereinbarung der Tarifvertragsparteien gibt es nicht. Ohne deutliche Signale der Arbeitgeberseite sind spürbare Einkommensverbesserungen nur durch hohen gewerkschaftlichen Druck durchsetzbar. Die Erfahrung vergangener Runden zeigt, dass ein tragfähiges Ergebnis

dbb.de
25/26 7% 300 Euro mind.

in der Regel erst dann möglich wird, wenn Beschäftigte in Aktionen und – wo zulässig – in Arbeitskampfmaßnahmen sichtbar werden. Eine Reihe zahlreicher Demonstrationen, Kundgebungen und Mahnwachen ist bundesweit gleich

nach der ergebnislosen ersten Verhandlungsrunde gestartet worden. In Rheinland-Pfalz gehörte dazu eine dreitägige Staffelmahnwache vor dem Mainzer Finanzministerium, siehe den Artikel in diesem Heft.

Entscheidend für die Verhandlungsmacht sind eine hohe Beteiligung an Informationsveranstaltungen, Aktionen und gegebenenfalls Warnstreiks. Jedes Mitglied stärkt mit seiner Präsenz und Unterstützung die gemeinsame Position am Ver-

handlungstisch und erhöht die Chance auf ein Ergebnis, das der täglichen Belastung im Landesdienst gerecht wird.

Halten Sie Augen und Ohren offen für dbb Aufrufe und machen Sie mit!

Jahresgruß

Wir setzen auf Offensive: Packen wir es an!

Liebe Leserin, lieber Leser,

wieder einmal stehen wir am Anfang eines neuen Jahres und es wird ein Jahr der Entscheidungen. 2026 steht nicht nur die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz an, sondern zunächst auch die Tarifrunde der Länder. Beides betrifft uns unmittelbar: Es geht um die Zukunft des öffentlichen Dienstes, um faire Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen, um Respekt und Anerkennung für die Arbeit, die Tag für Tag und oft auch Nacht für Nacht auch an Wochenenden und Feiertagen unser Land und seine Kommunen am Laufen hält.

2025 war ein intensives Jahr. Mit der Tarifeinigung für Bund und Kommunen im Frühjahr 2025 konnten wir nach harten Kämpfen deutliche Entgeltsteigerungen und Inflationsausgleiche durchsetzen. Das war kein Geschenk. Es war das Ergebnis von Druck auf der Straße, von Zehntausenden Engagierten, die mit Plakaten, Trillerpfeifen, Demos und Warnstreiks unsere klaren und berechtigten Forderungen bekräftigt haben: Wir beim dbb sind viele, und wir lassen uns nicht abspesen!

Während der Applaus für die öffentlich Beschäftigten nach der Pandemie längst verklungen ist, bleibt der strukturelle

Handlungsbedarf. Viele Bereiche des öffentlichen Dienstes – von den Kitas über die Polizei, unsere Feuerwehren bis zu unseren Verwaltungen, Schulen und Hochschulen – ächzen unter Personalmangel, Überlastung, unzureichender Bezahlung und oft sehr problematischen Arbeitsbedingungen. Das nach wie vor gravierende Gefälle zwischen Bund, Kommunen und Ländern droht, den Wettbewerb um Fachkräfte weiter zu verschärfen.

Der öffentliche Dienst der Länder darf nicht abgehängt werden. In der Ländertarifrunde 2026 fordern wir klar und unmissverständlich: gleiche Arbeit – gleiches Geld! Im Klartext: 7 Prozent, mindestens 300 Euro. Die Kolleginnen und Kollegen in den Landesverwaltungen, Schulen, Kliniken und Justizvollzugsanstalten leisten unverzichtbare Arbeit. Sie halten unser Land zusammen – gerade dort, wo die Belastung besonders hoch ist. Deshalb erwarten sie zu Recht, dass ihre Arbeitsleistung in der Bezahlung endlich mit Bund und Kommunen gleichzieht.

Unser Ziel ist klar: spürbare Einkommenserhöhungen, eine Stärkung der unteren und mittleren Entgeltgruppen und sichere Zukunftsperspektiven

für den öffentlichen Dienst. Wir werden uns nicht mit warmen Worten und Vertröstungen abspesen lassen. Die haushaltspolitische Lage der Länder darf kein Argument dafür sein, dass Beschäftigte auf Wertschätzung verzichten müssen. Gute öffentliche Dienste gibt es im Blick auf den ausgeprägten Fachkräftemangel nur mit fairer und attraktiver Bezahlung!

Stichwort Beamtenalimantation: Das Bundesverfassungsgericht hat Klartext gesprochen. Sein Beschluss vom 17. September 2025 zur Alimentation der Berliner Beamtinnen und Beamten hat weitere Maßstäbe gesetzt: Eine verfassungsgemäße Besoldung ist keine Gnade, sondern ein Rechtsanspruch! Die Entscheidung verpflichtet die Gesetzgeber bundesweit, das Alimentationsprinzip ernst zu nehmen – und inflationsbedingt Reallohnverluste auszugleichen.

Auch in Rheinland-Pfalz müssen die amtierende und auch die nach der Landtagswahl am 22. März 2026 kommende neue Landesregierung daraus Konsequenzen ziehen. Wir werden genau hinschauen,

ob notwendige Korrekturen vorgenommen oder aus vordergründigen haushaltspolitischen Zwängen hinausgeschoben werden. Wer den Rechtsstaat ernst nimmt, muss seine Beschäftigten gerecht behandeln – ob tariflich oder beamtenrechtlich. Es darf nicht zwei Klassen im öffentlichen Dienst geben: die einen mit klaren Reallohnzuwächsen und die anderen mit verfassungswidrig gedrückten Bezügen. Deshalb ist für uns unabdingbar, dass das Ländertarifergebnis schnell zeit- und wirkungsgleich per Gesetz nach dem bewährten Maßstab 1:1 auf die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfänger des Landes und der Kommunen übertragen wird.

Mit der Landtagswahl steht Rheinland-Pfalz vor einer Richtungsentscheidung. Es geht nicht nur um politische Farben, sondern um den Kurs für die kommenden Jahre: Wird der öffentliche Dienst endlich als Rückgrat unserer Gesell-



> dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz

© dbb.rlp/rimbach

schaft verstanden – oder lediglich als Kostenfaktor behandelt? Politik für den öffentlichen Dienst ist Zukunftspolitik.

Unsere Botschaft an alle Parteien ist deutlich: Wer im öffentlichen Dienst spart, gefährdet Zukunft, Gerechtigkeit und Demokratie zugleich.

Wir erwarten von der künftigen Landesregierung verbindliche Zusagen:

- mehr Wertschätzung für den öffentlichen Dienst durch gerechte und faire Bezahlung,
- eine nachhaltige Personalstrategie, die Nachwuchs

gewinnt und fördert, statt ihn zu verschleifen,

- Investitionen in Digitalisierung, Bildung, Gesundheit und Sicherheit für die Menschen in unserem Land.

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben ein Recht darauf, dass ihre Arbeit die Anerkennung erhält, die sie verdient – finanziell und gesellschaftlich. All das erreichen wir nicht allein durch Verhandlungsgeschick. Es braucht uns alle: jede Kollegin, jeden Kollegen, jede Stimme, jede Mahnwache, jeden Warnstreikaufruf, und – falls erforderlich – auch Streik. Die Tarifrunde 2026 wird ein Kraftakt werden, ist aber

auch eine Chance. Eine Chance, zu zeigen, dass Solidarität keine Floskel ist, sondern lebendige Wirklichkeit. Auf unserer 77-Jahr-Feier Mitte des neuen Jahres können wir hoffentlich auf ein gerechtes Ergebnis unseres Einsatzes blicken.

In den nächsten Wochen wird es darauf ankommen, dass wir in den Dienststellen, Betrieben und Verwaltungen geschlossen auftreten. Dies gilt für uns alle – für die Kolleginnen und Kollegen des Tarifbereiches, für die Beamtinnen und Beamten und auch für unsere Versorgungsempfänger. Wir müssen laut sein, sichtbar und unbequem. Denn ohne Druck keine Bewegung. Ohne gemeinsames

Handeln keine Verbesserung. Wir müssen für uns selbst – und für die kommenden Generationen im öffentlichen Dienst – jetzt ein deutliches Zeichen setzen: für Respekt, für Gerechtigkeit und für ein solidarisches Rheinland-Pfalz.

Wir haben Kraft, Erfahrung und Zusammenhalt. Lassen wir uns nicht spalten, nicht verströten, nicht kleinreden. Gemeinsam gestalten wir einen öffentlichen Dienst, der stark, menschlich und zukunftsfähig ist.

In diesem Sinne: Packen wir es an!

*Ihre
Lilli Lenz*

Bundeshauptvorstand

Heini Schmitt ist neuer dbb Fachvorstand Beamtenpolitik

Bundesleitung wieder komplett in herausfordernden Zeiten

Mit der Wahl von Heini Schmitt ist die dbb Bundesleitung wieder komplett und gut aufgestellt, um die Probleme des öffentlichen Dienstes anzupacken.

„Ich freue mich auf die neuen Aufgaben und bedanke mich für das entgegengebrachte Vertrauen der Delegierten“, sagte Heini Schmitt nach seiner Wahl zum dbb Fachvorstand Beamtenpolitik am 1. Dezember 2025 in Berlin. „Aktuell gilt es stärker denn je, den Wert des Berufsbeamten­tums in den gesellschaftlichen Fokus zu rücken. Es ist Stabilitätsanker in Krisenzeiten und fungiert als Bollwerk gegen Extremismus. Schließlich schwören die Kolleginnen und Kollegen einen Eid auf die Verfassung. Ganz entscheidend ist, dass wir den Markenkern

des Berufsbeamten­tums bewahren und weiter für die Attraktivität des öffentlichen Dienstes arbeiten. Nur so können wir die dringend benötigten Fachkräfte für die Zukunft des öffentlichen Dienstes gewinnen.“

Heini Schmitt ist seit November 2015 Landesvorsitzender des dbb Hessen und Mitglied der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoG). Schmitt folgt auf Waldemar Dombrowski, der im Mai 2025 nach schwerer Erkrankung verstorben war.

Volker Geyer, Bundesvorsitzender des dbb, sagte nach der Wahl. „Mit Heini Schmitt gewinnt die Bundesleitung eine kompetente Persönlichkeit, die sich mit den Kernthemen des Beamtenrechts auskennt, über viel gewerkschaftliche Erfah-

rung verfügt und voller Taten­drang steckt. Wir stehen in den nächsten Monaten bei der Verteidigung der Grundsätze des Berufsbeamten­tums vor entscheidenden Herausforderungen, denen wir gemeinsam mit Kompetenz und Solidarität begegnen werden.“

Lilli Lenz, Landesvorsitzende des dbb rheinland-pfalz, begrüßte die Wahl Heini Schmitts, der

von den dbb Landesbünden vorgeschlagen worden war. „Heini Schmitt ist ausgewiesener Beamtenrechtsexperte, kooperativ und solidarisch, mit bestem Standing in Politik, Fachwelt und Gewerkschaften. Er ist versiert und durchsetzungsfähig – wir wünschen ihm viel Erfolg beim Ausfüllen seines neuen, wichtigen Amtes.“

> dbb Landeschefin Lilli Lenz (rechts) mit Heini Schmitt (Mitte), dem neuen dbb Fachvorstand Beamtenpolitik und stellvertretenden Bundesvorsitzenden, und Kai Rosenberger, BBW-Landesvorsitzender.

